

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 14 37. Jg.

11. April 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3373). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Rounger, Berlin N 24 Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schandth-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholungs-Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 0,40 Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Obereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

„Die Gewerkschaften müssen zerstört werden!“

Ceterum censeo Societas esse delendam — die Gewerkschaften müssen zerstört werden — so heulen alle Herrenmenschen, die sich in ihrer Position bedroht sehen, auf Kosten der breiten Massen ihr angenehmes Dasein weiter führen zu können und richtig erkennen, daß die Gewerkschaften es trotzallem sein werden, die durch ihre Zähigkeit, Tatkraft, Umsicht und nüchterne Beurteilung aller Umstände und Geschehnisse die augenblicklichen Widerstände, die dem Werden einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entgegenstehen, überwinden werden und die arbeitenden Massen in eine freudenvollere Zeit hinüberführen werden.

Das Streben der Unternehmer, die einmal für wert gehalten wurden in gemeinsamer Arbeit mit den Beauftragten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einer besseren Zeit die Wege zu ebnen, in die kurze Formel: „Die Gewerkschaften müssen zerstört werden“, gepreßt und dadurch allen Arbeitern die Notwendigkeit der Existenz der Gewerkschaften ins Hirn gehämmert zu haben, ist das Verdienst eines Dr. Klenner. Dieser Dr. Klenner, der nach dem „Zentralblatt“ erst so gewerkschaftsfeindlich geworden ist, seitdem er nicht mehr unter dem Eindruck revolutionärer Ereignisse steht, sich aber in der Zeit der „dicken Luft“ etwas darauf zu gute tat, schon mehrfach sozialdemokratisch gewählt zu haben, hat am 14. Januar in Elberfeld in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung dreier Unternehmerverbände unter lautem Beifall der Anwesenden gesprochen und durch seinen Ruf: Die Gewerkschaften müssen zerstört werden, lediglich zum Ausdruck gebracht, was alle Unternehmerseelen aufs tiefste erfüllt.

Was der ehemals sozialdemokratisch wählende Unternehmersyndikus Dr. Klenner seinen Elberfelder Zuhörern vorsetzte, sind die nur in andere Worte gekleideten Anweisungen des Verbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Die Errichtung der Klennerschen Volksgemeinschaft, um deren Willen im „Interesse der Arbeiter“ die Gewerkschaften zerstört werden müssen, ist nichts weiter als eine Neuauflage der Werksgemeinschaften, die der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ so sehr ans Herz gewachsen sind. Um dieser lieben Werksgemeinschaften willen ist es den Unternehmern dringend ans Herz gelegt worden, mit den Gewerkschaften keine Tarife mehr abzuschließen. Der Unternehmer soll mit „sicheren“ Arbeitern verhandeln und ihnen dabei beibringen, welche Ehre es für die Arbeiter ist, gerade in diesem Betriebe arbeiten zu dürfen. Die vielfach in den Betrieben geschaffenen Posten der Sozialsekretäre, zu deren Besetzung man auch Männer aus der Arbeiterbewegung anregt, sollen ebenfalls lediglich nur dem Zwecke dienen, die Gewerkschaften für die Zerstörung reif zu machen. Errichtung von Casinos und Stammtischen, mit gelegentlichem Besuch von Herren der Betriebsleitung, Vereinsbildungen, Kegelklubs usw. sind weitere

Mittel, die eine auf das Ziel der Zerstörung der Gewerkschaften abgestellte Werkspolitik in ihr Programm aufgenommen hat. Man kalkuliert ganz richtig, daß die großkapitalistische Produktionsmethode mit ihrer alle arbeitenden Menschen zur Maschine machenden Tendenz notwendigerweise jedes Standesgefühl ersticken muß. Wo aber das Standesgefühl zerrieben ist, da hält der Klassenkampfegeist seinen Einzug. Ist das in diese Einsicht gebetete Eingeständnis, daß der Klassenkampf nicht eine Ausgeburt eines überhitzten Hirns, sondern das Ergebnis der in Wirtschaft und Gesellschaft bestehenden Verhältnisse ist, auch nicht ganz unbeachtlich, so sind doch die von den Unternehmern aus dieser Erkenntnis gezogenen Schlußfolgerungen von so großer Tragweite für die organisierte Arbeiterschaft, daß größte Aufmerksamkeit am Platze ist.

Das jetzt den Gewerkschaften von den Unternehmern aufgezogene Ringen, ob zukünftig die Werksgemeinschaften Trumpf sein sollen oder nicht, das Dr. Klenner ganz richtig in den kurzen Satz gepreßt hat: Die Gewerkschaften müssen zerstört werden, geht in letzter Linie darum, auch die geringen Ansätze einer Wirtschaftsdemokratie zu ersticken. Die Werksleitung soll wieder unbeschränkte „Arbeitsherrin“ werden und dem Arbeiter verbleibt es geziemend das Maul zu halten. Die Betriebshierarchie ist das Ziel der modernen Werkspolitik, mit deren Hilfe ein neopatriarchalisches Arbeitsverhältnis hergestellt werden soll. Im Rahmen eines neopatriarchalischen Arbeitsverhältnisses sind auch die Betriebsräte eine zulässige Institution. Aber nur insoweit, als sie sich mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter beschäftigen. Dr. Klenner denkt sich die Sache so, daß die Betriebsräte vom Unternehmer ernannt werden, denn nur so haben sie angeblich das notwendige Vertrauen. Also Betriebsräte von Unternehmer Gnaden, daß ist das weitere Ziel, das man nur zu erreichen hofft, wenn die bösen Gewerkschaften zerstört sind.

Gleiche Hoffnungen knüpft man im Unternehmerlager an die Zerstörung der Gewerkschaften bezüglich der Gestaltung der Löhne. Die letzthin stattgefunden Tagung der deutschen Industrie in Berlin hat dafür untrügliches Beweismaterial geliefert. Nicht nur gab man der Reichsregierung Anweisungen, wie sie sich bei anhängig gemachten Schiedsgerichtsverfahren zu verhalten hat, sondern man schrieb ihr auch vor, wie sie die Gehälter der Beamten und Angestellten des Reiches zu gestalten habe. In einem unterm 28. März ergangenen Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände „betreffend Lohnpolitik, Ergebnisse der Aussprache im Tarifausschuß am 25. März 1924“ kommt dieses ganz eindeutig zum Ausdruck. Und die mit der Regierung geführten Verhandlungen der Verbände der Eisenbahner zwecks entsprechender Regelung der Löhne der Eisenbahner beweisen, daß die Regierung sich die Lohn-

politik der Scharfmacher im Unternehmerlager zu eigen gemacht hat. Denn in diesem Rundschreiben heißt es unter anderem:

„Reichskanzler Dr. Marx hat in seiner Ansprache bei der Industrietagung ausgeführt, das Hauptproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage — darüber dürfe wohl nur eine Stimme sein — sei die Aufrechterhaltung unserer Währung. Die Währung bildet den Ausgangspunkt eines jeden Wirtschaftsaufbaues, mit ihr steht und fällt unsere Zukunft.

Auf diesen Grundsatz ist auch die derzeitige Lohnpolitik einzustellen. Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um 1 Pfennig pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 500 Millionen Goldmark im Jahr ausmachen. Aus dieser Zahl ist die Auswirkung der Lohnpolitik auf die Währung für jeden ersichtlich. Regierung und Wirtschaft haben danach die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu stemmen. Wir müssen von dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterschaft vernichten würde.“

Und weiter wird dann geschrieben:

„Es muß erneut betont werden, daß die Notlage der Arbeitnehmer zurzeit nicht eine Folge zu niedrigeren Lohn- und Gehaltsniveaus, sondern eine Folge der Arbeitslosigkeit ist. Deshalb gilt es vor allem, durch Steigerung und Verbilligung der Produktion (Arbeitszeitverlängerung) den Umsatz zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet ohnehin eine Steigerung des Reallohnes.“

Einem denkenden Menschen ernsthaft einreden zu wollen, daß ausreichende Löhne die Währung gefährden, ist mehr als ein starkes Stück. Der Hinweis auf Amerika läßt diesen Einwand schon als Seifenblase erkennen und platzen. Aber das ist ja auch nur um den Kern der Sache herumgeredet. Und so wird denn auch auf die eigentliche Absicht — Beseitigung des Achtstundentages — zugesteuert, die man mit der Bemerkung etwas abzuschwächen sucht, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit ohnehin eine Steigerung des Reallohnes bedeute.

Weil die Gewerkschaften den Achtstundentag nicht aufgeben, sondern ihn mit Nägeln und Zähnen verteidigen, wie der Beschluß des ADGB beweist, das Volksbegehren und den Volksentscheid in der Frage des gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages durchzuführen, resp. in eine Bewegung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einzutreten, und auch den sonstigen reaktionären Anschlägen der Ritter von Schlot und Halm mit aller Kraft entgegenzutreten, deshalb müssen die Gewerkschaften zerstört werden. Leider finden die Reaktionäre von rechts in ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften Unterstützung von links. Auch diesem Treiben von links her gilt es in entsprechender Weise entgegen zu treten. In einem weiteren Artikel soll das geschehen.

Auf zur Maifeier 1924!

Jahrzehntlang haben wir für die Erringung des Achtstundentages demonstriert, bis die November-Umwälzung 1918 diese Forderung verwirklichte. Fünf Jahre haben die Gewerkschaften diese Errungenschaft gegen alle Angriffe verteidigen können. Im Dezember 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, mit dem schweren Geschütz der Inflation die gewerkschaftlichen Bastionen zu überwinden und die äußere Befestigungslinie, den gesetzlichen Schutz des Achtstundentages, zu durchbrechen. Das organisierte Unternehmertum wurde wieder einmal Nutznießer der allgemeinen Notlage von Reich und Volk.

Noch aber ist der Kampf nicht völlig entschieden. In vielen Berufen steht die Entscheidung noch aus. Von der Haltung der Arbeitnehmerschaft, von der Kraft ihrer Gewerkschaften hängt es ab.

ob der Achtstundentag wiederhergestellt und gesichert

werden kann, oder ob er als eine Episode, als wirtschafts- und sozialpolitisches Experiment beiseite gelegt wird.

Von euch, ihr deutschen Arbeiter und Angestellten, erwartet die Welt, daß ihr den Achtstundentag nicht preisgibt, sondern für seine dauernde gesetzliche Anerkennung eintrittet. Deshalb ist es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine Ehrensache, am 1. Mai dieses Jahres mit besonderer Einmütigkeit und Entschlossenheit

für den Achtstundentag zu demonstrieren.

Und nicht für ihn allein. Sein Schicksal hat die ganze Sozialgesetzgebung geteilt, die von der Inflation hinweggerissen ist. Überall wird abgebaut und schließlich bleibt von dem Schutz, den die Reichsverfassung der Arbeitskraft zusichert, nichts mehr übrig. Die Besitzenden, die jedes weitere Opfer scheuen, üben die Kontrolle über die Ausgaben des Reiches aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird trotz

eigener Beiträge der Arbeiter- und Angestelltenschaft eingeschränkt, die Lage der Kriegsbeschädigten und Arbeitsunfähigen wird von Tag zu Tag trostloser. Die Vorarbeiten für ein einheitliches Arbeitsrecht sind zugleich eingestellt. Die deutsche Auswanderung hat einen riesenhaften Umfang erreicht, weil der arbeitende Mensch in unserem Vaterlande nichts mehr gilt. Deshalb muß am 1. Mai die

Wiederherstellung der Sozialgesetzgebung

und ihr weiterer Ausbau gefordert werden.

Aber auch die letzte Errungenschaft der Novembertage, die deutsche Republik, ist bedroht. Die Verhandlungen über den Hitler-Ludendorff-Putsch haben gezeigt, daß die Feinde der Republik nicht nur offene, sondern noch mehr geheime Anhänger haben, die nur deshalb den Tag des Verfassungsturzes noch nicht für gekommen halten, weil die große Masse des Volkes treu zur Republik steht. Die Arbeiterschaft wird am 1. Mai ihr Gelöbnis zur

Verteidigung der demokratisch-republikanischen Verfassung

erneuern und diesen Tag zu einer Heerschau der republikanischen Kräfte gestalten.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Der 1. Mai muß in diesem Jahre zu einer besonders ausdrucksvollen Kundgebung gestaltet werden. Wir fordern euch daher auf, an diesem Tag überall dort, wo es ohne ernste Schädigung der Arbeitnehmerschaft möglich ist,

die Arbeit ruhen zu lassen.

Sorgt aber in jedem Falle dafür, daß der 1. Mai in diesem Jahre ein würdiger Festtag der Arbeit werde.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Der Ausschuß des ADGB.

trat am 18. und 19. März zu einer Tagung zusammen. In seiner Eröffnungsrede gedachte Graßmann des 18. März 1848, des vereinten Freiheitskampfes des demokratischen Bürgertums und des Proletariats. Er wies ferner auf den bevorstehenden Wahlkampf hin, dessen Ausgang für die Erhaltung der Demokratie und der Republik sowie der sozialen Gesetzgebung auch den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein könne. Ein Eingreifen der Gewerkschaften bei ihrer Bedeutung als Volksorganisation sei notwendig. Der Redner empfahl eine geeignete Propaganda der Gewerkschaftspressen, wie sie von der Gewerkschaftszeitung bereits eingeleitet sei. Auch ein gemeinsamer Aufruf des Bundesvorstandes und des AFA-Bundes sei zu erwägen. Zur Sicherung und Wiederverlangung des gesetzlichen Achtstundentages ist von mehreren Verbänden die Herbeiführung eines Volksentscheides beantragt worden. Der Bundesvorstand hat die Beschlüßfassung darüber dem Bundesausschuß überwiesen. Der Ausfall einer solchen Bewegung sei abhängig von der Formulierung der Fragestellung und von der derzeitigen Lage. Auch würden die Kosten wahrscheinlich nicht gering sein. Ein Mißerfolg müsse vermieden werden. Graßmann berichtete weiter von Bestrebungen der saarländischen Arbeiterschaft, auf die Regelung der Arbeitspolitik ihres Gebiets größeren Einfluß zu erhalten. Französischerseits werde versucht, diese Bewegung umzubiegen in eine solche nach außenpolitischer Sondervertretung im Internationalen Arbeitsamt und im IGB. Diesen Versuchen ist der Bundesvorstand rechtzeitig entgegengetreten.

In längeren Ausführungen begründete der Sekretär des Bundesvorstandes Schulze, eine Entschließung, die in Ergänzung der im Januar gefaßten Beschlüsse gegen die kommunistische Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften weitergehende einheitliche Maßnahmen seitens der Verbandsvorstände empfahl. Umbreit behandelte die Frage, wie in diesem Jahre die Feier des 1. Mai zu einer würdigen Demonstration für die Wiederkämpfung des Achtstundentages auszugestalten sei. Die ungünstige wirtschaftliche Situation werde nicht überall eine einheitliche Arbeitsruhe ermöglichen lassen. Auch die wenige Tage später stattfindende Reichstagswahl dürfe nicht darunter leiden. Wo es aber ohne ernste Nachteile geschehen könne, da sollte die Arbeit ruhen.

Die Aussprache der Gewerkschaftsvertreter ergab folgende Entscheidungen:

Der Bundesausschuß billigt das Eintreten der Gewerkschaften in den Reichstagswahlkampf und empfiehlt dem Bundesvorstand, einen gemeinsamen Wahlauftrag mit dem AFA-Bund zu erlassen.

Der Bundesausschuß beschließt die Einleitung einer Aktion zur Herbeiführung des Volksbegehrens zugunsten des gesetzlichen Achtstundentages und wählt hierzu eine vorbereitende Kommission von fünf Mitgliedern, die alle einschlägigen Fragen, einschließlich der der Kosten, zu prüfen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten und der nächsten Ausschusssitzung zu unterbreiten hat.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die deutsche Arbeiterschaft zu einer würdigen Feier des 1. Mai aufzurufen. Die Arbeitsruhe möge überall

eintreten, wo dies ohne ernste Nachteile möglich sei.

Zur nachdrücklichen Bekämpfung der kommunistischen Gewerkschaftszerstörung erklären sich die Verbandsvorstände bereit, die Januarbeschlüsse des Bundesausschusses ernstlich durchzuführen. Der Bundesvorstand wird beauftragt, gegen Ortsausschüsse vorzugehen, die sich an diesem kommunistischen Treiben beteiligen.

Über die neue Reichswohnungsgesellschaft, die mit Mitteln des Reichs, der Länder, Gemeinden und Gewerkschaften den Wohnungsbau fördern will, berichtete Silberschmidt und ersuchte um Unterstützung dieses Wirkens durch die Gewerkschaften.

Splidts erstattete Bericht über die Verhandlungen zur Auflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft, bei denen sich ergab, daß die christlichen Gewerkschaften sich nicht entschließen können, von der ZAG zurückzutreten. Auch ein Teil der Arbeiterschaft möchte dieses Gebilde noch aufrechterhalten. Meinungsverschiedenheiten bestehen auch darüber, ob das Abkommen vom 15. November 1918 ein selbständiger Vertrag sei oder ein Teil der Zentralarbeitsgemeinschaft. Es ist kaum daran zu denken, daß bei letzterer Annahme die ZAG gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften allein das Abkommen aufrechterhalten könne. Die Arbeitgeberseite denkt eben nicht daran, das Abkommen nach Beseitigung der ZAG weiter anzuerkennen. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. An den seitherigen Beschlüssen des ADGB wird durch diese Verhandlungen nichts geändert.

Zur Erwerbslosenfürsorge wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die zurzeit für die Erwerbslosen geltenden Unterstützungssätze erfordern eine sofortige wesentliche Erhöhung. Die Unterstützung der Erwerbslosen ist im Verhältnis zum Lohn und zu den Lebenshaltungskosten immer weiter zurückgeblieben und deckt nicht mehr die allerelementarsten Ausgaben. Schon allein die Erhöhung der Wohnungsmiete hat für die Erwerbslosen völlig unerträgliche Zustände geschaffen. Tritt die unmittelbar bevorstehende weitere Erhöhung der Miete ein, so wird der Erwerbslose kaum mehr als den Betrag dieser Miete an Unterstützung erhalten, so daß ihm zum Leben nichts verbleibt. Helfen kann nur eine sofortige ganz wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze.“

Der Bundesausschuß protestiert entschieden gegen die neuerdings besonders durch die preußische Regierung betriebene, im höchsten Grade ungerechte Ausschaltung zahlreicher Erwerbsloser von der Unterstützung. Trotzdem die Arbeiter hohe Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge tragen müssen, werden ganze Gruppen von Erwerbslosen von der Unterstützung ausgeschlossen. Es muß daher schnellstens die Beitragspflicht durch ein Unterstützungsrecht ergänzt werden.

Reich und Länder werden aufgefordert, sofort Notstandsarbeiten in größerem Ausmaß in Angriff zu nehmen. Bei diesen Arbeiten muß für die beschäftigten Erwerbslosen eine Entlohnungsform angewandt werden, die einen vernünftigen Arbeitseffekt sichert. Insbesondere kann die Beschäftigung nur zu den allgemein geltenden Tariflöhnen erfolgen.

Der Bundesausschuß protestiert weiter gegen die von einigen Länderregierungen beabsichtigte Trennung von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, Vernichtung der Selbstverwaltung und Unterstellung der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter einseitige ministerielle und behördliche Instanzen. Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge gehören ihrem Wesen nach zusammen, eine Trennung wäre gefährlich für die Wirtschaft und für die durch beide Institutionen zu lösenden Aufgaben. Beides, Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, muß gemeinsam von starken Selbstverwaltungskörpern durchgeführt werden.“

Zu dem im Juni d. J. in Wien stattfindenden Internationalen Gewerkschaftskongress wurde beschlossen, als Vertretung des ADGB, zehn Delegierte zu entsenden, von denen sieben vom Bundesausschuß und drei vom Bundesvorstand gewählt werden. Der Bundesausschuß wählte für die Verbände der Gruppe: Baugewerbe und keramische Gewerbe: Schönfelder (Ersatzmann Girbig); für Nahrungs- und Genußmittelgewerbe einschließlich Landwirtschaft: Diemerie (Ersatzmann Ströling); für die Graphischen Gewerbe, Papierindustrie und künstlerischen Berufe: Brey (Ersatzmann Pucher); für die Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie: Blum (Ersatzmann Mahler); für Verkehrsgewerbe und Gemeindegewerbe: Schumann (Ersatzmann Scheffel) und für Bergbau, Metall- und Holzindustrie: Reichel und Husemann (Ersatzleute Dißmann und Frächnicht).

An letzter Stelle wurden die Ersatzwahlen für die aus dem Dienst des Bundesvorstandes ausgeschiedenen Genossen Cohen (stellvertretender Vorsitzender) und Wissel (Sekretär) vorgenommen. Einstimmig mit zwei Enthaltungen wurden gewählt zum stellvertretenden Vorsitzenden Hermann Müller-Berlin, zum Sekretär Schliestadt-Stuttgart.

Mangelnde Berufskennnisse.

Auch auf die Gefahr hin, von gewisser Seite als notorische Stänker betrachtet und bezeichnet zu werden, fühlen wir uns verpflichtet, noch zu einem Vorgange während der Arbeitszeitverhandlungen im RAM. einige Worte zu sagen, weil an ders gehandelt, einfach gewerbliche Pflichtenlosigkeit mit Recht uns zum Vorwurf gemacht werden müßte. Wenn wir erst heute auf diese bestimmt: Angelegenheit zurückkommen so deshalb, weil Raummangel ein anderes nicht zuließ. Und da der oft geradezu übers Bönnenlet gehende Mangel der Unternehmer an Berufskennnissen, die doch so bitter notwendig sind wenn eine Arbeitsleistung gerecht, also unter Beachtung aller Umstände und Hindernisse beurteilt werden soll, nicht im Handumdrehen zu beseitigen ist, und ernsthafteste Absicht auch nicht besteht diesen Mangel zu beseitigen, dränge es auch nicht so.

Wie man sich noch ganz deutlich erinnern wird, glaubte der Schutzverband eine Arbeitszeitverlängerung auf unter 54 Stunden die Woche für alle vom Tarif erfaßten Berufe nicht machen zu können. Aber schon auf die einfache Frage, wie man sich denn die Begründung für die verlängerte Arbeitszeit der Lithographen denkt, die doch nun schon seit 1907 für das ganze Reich den acht-

ständigen Arbeitstag haben und nichts bei der sogenannten, aber manchen schweren Schrecken einjagenden Revolution gewonnen haben, da wurde offenbar, daß eine lieb- und stichfeste Begründung für eine als zwangsläufig hingestellte Verlängerung der Arbeitszeit der Lithographen gleich gar nicht zu finden war. Und so fiel die Antwort auf die gestellte Frage aus, wie sie eben nicht anders ausfallen konnte: Ein Gemisch von Dichtung und totaler Verknennung des Wesens der modernen Lithographie.

Nach Meinung des Unternehmerredners ist nämlich den Lithographen in der Vorkriegszeit der achtstündige Arbeitstag nur zugestanden worden, weil die Punktierarbeit infolge ihrer starken physischen Anstrengung solches erforderte. Heute, wo die Photomechanik auch zur Grundlage der Lithographie geworden ist, sei diese physische Anstrengung nicht mehr zu verzeichnen und der Grund zur achtstündigen Arbeitszeit weggefallen. Daß nicht einmal der Schlichter vor der Wucht dieser Argumente auf die Seite der Unternehmer gefallen ist, ist bei der damaligen Neigung aller Schlichter, selbst das deplazierteste Argument als Sprungbrett zur Verlängerung der Arbeitszeit zu benutzen, besonders bemerkenswert. Aber das ist für uns nicht die Hauptsache.

Was uns an dieser Sache besonders interessieren muß, ist die totale Verknennung des Wesens der modernen Lithographie durch die Unternehmer und die sich daraus ganz eindeutig ergebenden mangelnden Berufskennnisse. Selbst zugegeben, daß die physischen Anforderungen der alten Punktierlithographie den Achtstundentag erzwungen hätten, sind diese physischen Anstrengungen durch Einzug der Photolithographie etwa geringer geworden? Das Gegenteil ist richtig! Wenn auch bei photomechanischen Übertragungen auf dem Stein zumeist nicht sehr erhebliche Korrekturen anzubringen sind, sofern ein geeignetes Verfahren zur Grundlage genommen ist, ergibt doch die vorbereitende Arbeit so starke Anspannungen der Sehkraft des photomechanisch arbeitenden Lithographen, daß alles wieder aufgewogen ist. Aber die Technik macht unseres Erachtens nicht die stärkste Belastung des Lithographen aus, sondern seine geistige Inanspruchnahme. Warum nahm man denn früher nur Lehrlinge mit besserer Schulbildung ins Gewerbe auf und warum ist bei den Lithographen in so starkem Maße und so außergewöhnlich früh Verfall der geistigen Kräfte die Ursache, den Beruf aufgeben zu müssen? Doch nur, weil die geistigen Anstrengungen so außerordentlich groß sind! Und diese geistigen Anstrengungen sind mit dem Aufkommen der Photolithographie hundertfach gesteigert worden. Aus dieser Steigerung resultiert auch, daß es so manchem Lithographen so äußerst schwer fällt, sich in das Wesen der modernen Lithographie hineinzufinden. Infolge der verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nehmenden Handarbeit der alten Lithographie und ihres sukzessiven Werdens eines „alten“ Bildes hatte der Lithograph Gelegenheit sich langsam in seine Arbeit einzufühlen und sie so beherrschen zu lernen. Bei der Photolithographie ist davon so gut wie keine Rede mehr. Der mit der Photographie arbeitende Lithograph muß im Handumdrehen — das Wort buchstäblich gebraucht — im Bilde sein. Er muß bei Beginn einer farbigen Arbeit wissen, wie die einzelnen Farbenplatten auszu sehen haben und der Andruck ist für ihn nur Kontrolle für richtig geleistete Arbeit. Hinzu kommt noch, daß die Herstellung der Platten zumeist seines Einflusses entzogen ist, die eben photomechanisch erfolgt. Will der photomechanisch arbeitende Lithograph möglichst einwandfreie Ergebnisse erzielen, dann muß er zumindest die Photographie theoretisch beherrschen und den Kopierprozeß vollständig kennen. Von den sonst noch nötigen, bei der Punktierarbeit gar nicht in Betracht kommenden Kenntnissen, wie Retusche, Atzprozeß usw. soll einstweilen vollständig abgesehen werden, obwohl sie nicht untergeordneter Natur bei voller Anwendung der Photographie zur Herstellung brauchbarer Druckplatten für den chemischen Druck sind.

Von all diesen Dingen scheinen die Unternehmer keine Ahnung zu haben, denn sonst könnte der Unternehmerredner nicht solche Ausführungen machen; auch dann nicht machen, wenn man gelten läßt, daß es sich dabei um die Austragung eines Parteistretes handelte, bei dem alle in Anwendung gebrachten Mittel dem eigenen Vorteil dienen sollen. Es bleibt deshalb nur anzunehmen übrig, daß der Unternehmerredner seine Ausführungen machte von dem Verständnis aus, das er infolge seiner Berufskennnisse aufzubringen in der Lage war. Und mit den Berufskennnissen der Unternehmer ist es zumeist nicht weit her, besonders mit den Kenntnissen über moderne Reproduktionsmethoden. Diese mangelnden Kenntnisse können auch nicht durch den Besitz kaufmännischer Fähigkeiten und Kenntnisse ersetzt werden. Sollen aber das Gewerbe und seine Ausüben nicht unter den Schlitzen geraten und soll vom Gewerbe im Interesse aller Angehörigen und des Gewerbes getan werden, was im Interesse einer aufsteigenden Vorwärtsbewegung nötig ist, dann sind ausreichende Berufskennnisse bei beiden Vertragspartnern unbedingt erforderlich! Denn erst wenn

diese Voraussetzungen erfüllt sind ist die Möglichkeit gegeben, geleistete Arbeit so zu bewerten, wie sie auf Grund ihres Wesens und ihrer Anforderungen an den Arbeitenden bewertet werden muß. Anders ist das Wertungsergebnis lediglich eine verletzende Herabsetzung geleisteter Arbeit, die sich in ungünstigem Sinne auswirken muß. Nur weil diese Wirkung das Endergebnis der total falschen Ansicht der Unternehmer über die moderne, mit Hilfe der Photomechanik arbeitenden Lithographie sein muß, fühlen wir uns verpflichtet, ganz entschieden gegen die von den Unternehmern beliebte Einschätzung der Arbeit der photomechanischen Lithographie Stellung zu nehmen. Sind auch mangelnde Berufskennnisse die Ursache solchen Unternehmerurteils, so gestattet das doch nicht, deshalb ob solcher Ausführungen zur Tagesordnung überzugehen. Wenn man von einer Sache nichts versteht, dann hat man eben zu schweigen. Hätte der Unternehmerredner bezgl. der Verlängerung der Arbeitszeit der Lithographen gesagt: Ich will es, und mein Wille ersetzt alle Gründe, dann hätte die Sache ihre Richtigkeit. So aber was es nur ein Beweis für mangelnde Berufskennnisse.

Neue Löhne für Formstecher.

Der am 6. März vom Schiedsgericht beim RAM. gefällte Schiedsspruch, der den tariflichen Mindestlohn für Tapetenstecher auf 50 Pfg. die Stunde für über 24 Jahre alte Stecher festsetzte, hat bei einem Teile der Formstecherkollegen so hohe Befriedigung ausgelöst, daß sie spontan in den Ausstand traten. Die Unternehmer hatten so erzielt, was sie zwar nicht glaubten, aber was ihnen die Gehilfenvertreter voraussagten, a's die Zugeknöpftheit der Unternehmer noch über die Kragenbinde ging.

Da ein Tarifvertrag die organisierte Verweigerung der Arbeitskraft ausschließt, mußte Sorge getroffen werden, „das Kind wieder ins Bett zu bringen“. Das ist auch durch die am 27. März in Hannover geführten Verhandlungen geschehen. Die Gehilfenvertreter forderten, wie schon am 6. März, 60 Pfg. Stundenlohn. Die Unternehmer boten bei Verlängerung des Arbeitstages von 8 auf 9 Stunden ab 29. März 2 1/2 Prozent und ab 26. April weitere 2 1/2 Prozent Lohnerhöhung. Daß von einer Verlängerung der Arbeitszeit keine Rede sein konnte, ist sonnenklar. Nach langen Verhandlungen, in denen wiederholt die Gefahr des Abbruchs nahe war, wurde dann folgender Abschluß getätigt:

Der tarifliche Mindeststundenlohn beträgt:

	ab 29. 3.	ab 5. 4.	ab 12. 4.
im 1. Gehilfenjahr	0,37 Mk.	0,38 Mk.	0,40 Mk.
bis zum 21. Jahre	0,42	0,43	0,45
vom 21 bis 24. Jahre	0,47 1/2 Mk.	0,48 1/2 Mk.	0,5 1/2 Mk.
über 24 Jahre alt	0,53 Mk.	0,54 Mk.	0,56 Mk.

Die Aufschläge für Fabrikstecher betragen 6 Pfg. die Stunde.

Obwohl für Lehrlinge tariflich keine Kostgeldsätze vereinbart werden, hat sich doch ein Schema herausgebildet für die Berechnung der Kostgeldsätze, weil man sie von dem Lohn der Gehilfen abhängig macht. Nach diesem Schema würden die Kostgeldsätze betragen:

	ab 29. 3.	ab 5. 4.	ab 12. 4.
im 1. Lehrjahr	1,60 Mk.	1,65 Mk.	1,73 Mk.
im 2. Lehrjahr	2,02	2,06	2,16
im 3. Lehrjahr	2,51	2,56	2,67
im 4. Lehrjahr	3,05	3,11	3,23

Sind schon die vereinbarten Stundenlohnsätze für Gehilfen kaum tragbar, die Kostgeldsätze für Lehrlinge verlangen, daß die Gehilfen in den Betrieben etwas nachhelfen. Die Kostgeldentschädigungen für die im 3. und 4. Lehrjahre stehenden Lehrlinge müssen zumindest verdoppelt werden! Und das ist eigentlich noch zu wenig. 3,23 Mk. Kostgeld für einen im 4. Lehrjahre stehenden Lehrling ist etwas mehr als ein untreudlicher Akt! Die Formstechereibesitzer handeln nur im eigenen Interesse, wenn sie aus eigenem die Kostgeldsätze der 3 und 4jährigen Lehrlinge ganz erheblich erhöhen und wir raten ihnen dringend, das auch zu tun.

Entspricht auch dieses Verhandlungsergebnis noch nicht unsern berechtigten Forderungen, so ist es doch ein erneuter Schritt auf dem Wege zum Ziele einer auskömmlichen Existenz. Der Formstecher ist ein qualifizierter Arbeiter, an den allerhand Anforderungen gestellt werden. Er ist dann auch voll berechtigt die Forderung einer seiner Leistung entsprechenden Sicherung der Existenz aufzustellen und diese Forderung mit allem Nachdruck zu vertreten. So lange seine Existenz und die seiner Familie nicht sichergestellt ist, gehören Überraschungen ins Reich der Möglichkeit. Wollen die Unternehmer sich den ungestörten Fortgang der Produktion sichern, dann heißt es eben auch den Notwendigkeiten der Existenz der Gehilfen einigermaßen Rechnung zu tragen. Anders geht es kaum.

Der Reichstarif im Dachdeckergerwerbe aufgefliegen.

Die zu Jahresanfang von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ an die der Vereinigung deutscher Arbeitgeber angehörnden Unternehmerverbände ergangene Anweisung, mit den Vertretern der Arbeiter keine Tarife mehr abzuschließen, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse und der Kampf der Arbeiter untereinander in den Gewerkschaften dies nicht mehr nötig mache und die Unternehmer bei Verhandlungen mit „ihren“ Arbeitern besser fahren, scheint volle Beachtung zu finden. Das zu wissen ist für uns nicht ganz unnötig, weil einer unserer Tarifkontrahenten besonders leicht der jeweiligen Konjunktur und Psychose verfällt. Auch bei den Dachdeckerkrawallern hat die ergangene „Parole“ Eindruck geschunden. Da die Dachdeckerhilfen und Hilfsarbeiter infolge ihrer organisatorischen Geschlossenheit aber nicht so einfach abgewimmelt werden konnten, wie das die Industriekapitäne zu tun pflegen, kamen die Dachdeckermeister überein, den Arbeitern einen Tarif anzubieten, den die „Dachdecker-Zeitung“ einen „Schundtarif“ nennt, um den Reichstarif für das Dachdeckergerwerbe um die Ecke zu bringen. Dieser Unternehmertarif verlangte unter anderem nichts weniger von den Arbeitern als:

- 60 Stunden wöchentliche Arbeitszeit.
- Maurerlohn plus 2 Prozent auf ein weiteres Jahr.
- Hilfsarbeiter 20 Prozent weniger wie Dachdecker.
- Bei Arbeiten in der Werkstatt (Flicken von Leitern, Dachböcken usw.) 10 Prozent weniger Lohn.
- Einführung der Akkordarbeit in vollem Umfange.

Für Überstunden und Sonntagsarbeit nur noch 20 Prozent Zuschlag. Überstundenbezahlung erst nach der 60. Stunde.

Abschaffung der Ferien.
Daß die Vertreter der Dachdeckerhilfen solches Ansinnen rundweg ablehnen mußten, bedarf keiner Begründung. Da die Unternehmer an ihren Forderungen unverrückbar festhielten, sahen sich die Gehilfenunterhändler gezwungen am Schlusse der Verhandlungen folgende Erklärung abzugeben:

„Die Voraussetzungen, unter denen die Unternehmer bereit sind, einen neuen Reichstarif abzuschließen, sind für die Arbeitnehmervertreter so entwürdigend, lassen so sehr jedes soziale und wirtschaftliche Empfinden vermissen, daß sie unter diesen Umständen nicht bereit sind, einen neuen Reichstarif abzuschließen. Bei aller Rücksichtnahme auf die Lage des Handwerks gibt es für die organisierten Arbeitnehmer eine Grenze: das ist die Rücksicht auf wichtige Lebensinteressen der Berufsangehörigen. Wir geben mit leichtem Herzen den Reichstarif auf, aber wir können uns nicht entschließen uns selbst zu entmannen, indem wir den Achtstundentag optern für den wir ein Menschenalter gekämpft und zum Teil gelitten haben. Unter diesen Umständen müssen wir unseren Organisationen nahelegen, die weitere Entwicklung wieder selbst bezirklich oder örtlich in die Hände zu nehmen.“

Wie die „Dachdecker-Zeitung“ richtig feststellt, heißt diese Erklärung Kampf um die Menschenrechte. Wir beschäftigen uns mit diesem Vorgang deshalb eingehender, weil erstens wieder einer der wenigen Reichstarife in die Binsen gegangen ist, und weil zweitens diese Verhandlungen uns symptomatisch zu sein scheinen. Uns deutet, daß die von einem Teile der Kollegen geforderte Kündigung des Tarifvertrages für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgerwerbe nicht der Weisheit letzter Schluß ist, sondern uns will scheinen, daß aus den gleichen Gründen wie bei den Dachdeckern an die Stelle des Vertrages der Kampf um die Erhaltung der Tarifpositionen des Vertrages, wie er 1923 abgeschlossen wurde, tritt. Nehmen die Dinge so ihren Lauf, dann wäre eine Kündigung des Tarifes eine Schwächung unserer Position. Aber ob Kündigung oder nicht: wie Figura zeigt, gilt es in erster Linie Einheit und Geschlossenheit der Organisation zu wahren. Wer deshalb auch nur das Geringste unternimmt, die Einheit und Geschlossenheit der Organisation zu stören, dem gehört auf die Finger geklopft, daß ihm Hören und Sehen vergeht. In solcher Zeit und solcher Situation muß auch im eigenen Lager rücksichtslos aufgeräumt werden, wenn einige sich nicht dem allgemeinen Wohle unterordnen können. Anders sind wir den Unternehmern bedingungslos ausgeliefert.

Ortsberichte.

Hildesheim, Formstecher. In der von allen Kollegen besuchten Versammlung am 28. März, gab Kollege Kamp den Bericht von den Lohnverhandlungen in Hannover am 27. März. Der Bericht des Kollegen Kamp über die abgeschlossene Lohnbewegung bestätigte, daß nur eine geschlossene Kollegenschaft sich menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen kann. In der anschließenden Aussprache wird bemängelt, daß das Abkommen abgeschlossen wurde, ohne die Kollegen zu hören. Das Abkommen sei, selbst wenn

man die Schwierigkeiten voll berücksichtige, nicht ausreichend. Man hatte gehofft, daß die Verhandlungen etwas Ersparlicheres bringen würden. Diese Hoffnung war auch begründet, denn die bei der am 20. März am Orte gepflogenen Vorbesprechung von den Unternehmern gemachten Versprechungen gingen viel weiter. Das Verhandlungsergebnis löst diese Versprechungen nicht ein und beweist, daß die Unternehmer sich noch immer nicht zu einer ausreichenden Entlohnung der Formstecher aufschwüngen können, obwohl die Lage des Gewerbes wie der Grad der Beschäftigung es durchaus gestattet, die „Kunsthandwerker“ ausreichend zu entlohnen. Da die Kurve der Beschäfti-

gung auch im Formenstich im weiteren Ansteigen begriffen ist, kann nur im Interesse des Gewerbes der Wunsch ausgesprochen werden, daß die nächste Zeit uns durch gegenseitige Verständigung eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringen möge, die es auch den Formstechern gestattet, mit Freude ihre Berufsarbeit zu vollbringen.

Vom Büchertisch.

Ramsay Mac Donald. Von Initiatus. Vertrieb durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6. Preis kartoniert 1,60 Mk.

Ramsay Mac Donald sieht zweifellos im Vordergrund des internationalen politischen Interesses. Wie sich die englische Arbeiterregierung halten wird, deren Präsident Mac Donald ist, wird nicht unmaßgeblich sein für die Gestaltung zumindest der europäischen Verhältnisse, die neuorientiert werden müssen. Es ist deshalb sicher von Interesse zu wissen, wie der Lebensgang des Repräsentanten der englischen Arbeiterregierung bisher war. Diesem Bedürfnis will die kleine Schrift befriedigen. Sie ist eine kurze Lebensskizze eines einfachen Mannes, der sich aus der schlichten Fischerhütte zum Sesel des Ministerpräsidenten aus eigener Kraft emporschwang konnte. Gerade die strenge Sachlichkeit des kleinen Buches und die Unterlassung jeglicher politischer Tendenz wird ihm eine große Anzahl Leser sichern. Wir wenigstens haben die Schrift mit Befriedigung aus der Hand gelegt und können unseren Kollegen nur aufs Beste empfehlen.

GIESECKE & DEVRIENT, LEIPZIG

In unserem Verlage erschien:

ALOIS SENEFELDER

Sein Leben und Wirken

Ein Beitrag zur Geschichte der Lithographie von **Karl Wagner**
XVI und 205 Seiten mit 60 Abbildungen und 2 Beilagen. Gebunden in Halbleinen G.-M. 5.00

Hans Ronnger in der „Graphischen Presse“: „So gehört denn das Werk Wagners mit zu jenem Lehrmaterial, daß jeder Kollege besitzen muß, der sich mit Ernst in die Technik und Geschichte unseres Berufes vertiefen will.“

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Maschinen-Retuscheure

Selbständige erfahrene Kräfte für Qualitätsarbeiten in angenehme dauernde Stellung bei guter Bezahlung gesucht
Wimmer's Graphische Werkstätten, Chemnitz,
Theaterstraße 18.

Wimmer's Graphische Werkstätten, Chemnitz

Theaterstraße 18

suchen für sofort oder später

Ia Maschinen-Retuscheur

zu Leitung der Retusche-Abteilung in angenehme Stellung bei entsprechender Bezahlung.

Photo- und Chromolithographen, Farbätzer, Autoätzer, nur erstklassige Kräfte sucht

Eberhard Schreiber, Leipzig
Taubchenweg 26.

Mehrere sehr tüchtige

Merkantillithographen

für Schrift und Zeichnung, ferner mehrere

Steindruck- und Offset-Maschinenmeister

nur Qualitätsdrucker, sowie

Fertigmacher für Zink

werden noch eingestellt

Hugo Bestehorn

Magdeburg-N.

Tüchtige

Positiv-Retuscheure

für Maschinen usw. in Dauerstellung gesucht

E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart
Hackstraße 77.

Chromo-Lithograph

tüchtiger Zeichner, erfahren in Photolith für Offset und Stein, findet Lebensstellung Ausführliche Angebote an

Carl Weddigen, Druckereigesellschaft m. b. H.
Barmen-R.

Farbätzer, Autoätzer

tüchtige, selbständig arbeitende Kraft gesucht

Walter Grünzacher, Klischeeanstalt, Berlin SW 61
Blücherstraße 22

Tüchtige Farbätzer und Fräser

werden sofort eingestellt. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Lohnforderung an

Dr. Selle & Co., A.-G., Graphische Kunstanstalt
Berlin SW 29, Zossener Straße 55.

Ia Schwarz- sowie Farbätzer

Zu sofortigem Eintritt gesucht in angenehme Dauerstellung einige

Angebote mit Mustern und Zeugnissen an

Haufler & Wiest, A.-G., Stuttgart, Lindenspürstraße 39

Positiv-Retuscheure

für Maschinen

und technische Gegenstände

Schrift und Schwarz-Weiß Zeichnung, nur

allererste Kräfte, zum baldigen Eintritt gesucht.

Reflektanten wollen sich unter Angabe der

Lohnforderung u. unt. Beifügung von

Arbeitsproben wenden an

Dr. Selle & Co., A.-G., Graph. Kunstanst.
Berlin SW 29, Zossener Straße 55.

Erfahrener, tüchtiger

Reproduktions-Photograph

für Farben zu photolithographischer Verwendung wird von größerer Stein- und Offsetdruckerei Süddeutschlands per 1. Juli gesucht. Ledige wegen Wohnungsverhältnissen bevorzugt Ausführliche Angebote an

G. Löwensohn, Kunstanstalt und Verlag, Fürth i. B.

Wir suchen einen

Chromo-Lithographen

vielseitig ausgebildet (auch für Steinauto- und Retuschen) 1 Zinkdrucker und 2 Offsetdrucker.

Eidler & Krische, Hannover

AUTOÄTZER

stellt sofort oder später ein

Dr. v. Löbbecke & Co., Erfurt.

Positiv-Retuscheure u. Zeichner

für Maschinen und freie Arbeiten werden für sofort oder später eingestellt. Angebote erster Kräfte mit Lohnansprüchen und Antrittstermin erbitten

Dr. v. Löbbecke & Co., Erfurt.

Routingfräser

Fadenstichel, Roulettes, sowie sämtliche Fassetmesser. Reparaturen schnellstens

Karl Neumann & Söhne,

Berlin SO 33, Köpenicker Str. 147.

Für Steindruckereien

Bitte lassen Sie sich sofort Prospekt über mein neues

Steinschleif-Präparat

für Stein und Zink

senden, spart Zeit, Geld und Arbeit, und sollte in keiner Druckerei fehlen

Joh. Kurzweil & Sohn,

Braunschweig, Gabelsbergerstr. 3.

„Marlith“

Schleifsteine in bekannter Güte (D. R. P.) für Hand und Maschine (v. 21-26-32 cm Durchmesser). Nr. 1 scharf, 2 mittel, 3 fein und 4 extrafein. Export

Marlith Kunststein-Werk

Distler & Wenzel,

München, Theresienstr. 76

Holz- und Messingstecher

werden durch den Arbeitsnachweis verlangt.
W. Liegener, Berlin-Adlershof
Hoffmannstraße 17.

Steindruck-Maschinenmeister

zuzüglich Umdrucker für Steindruckschnellpresse in Dauerstellung gesucht

Graph. Kunstanstalt J. Rheinberger,

Bad Dürkheim, Rheinpfalz

Autoätzer Strichätzer

in dauernde Stellung gesucht. Bewerber schreiben mit Zeugnissen an

Julius Fröbus, G. m. b. H., Köln
Mollkestraße 127.